

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Preis pro Heft monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark. Druck: Verlagsanstalt „Der Rote Stern“ Halle-Merseburg

Verlagspreis: 12 Groschen. In d. Reichweite: 600 u. 600; 70 Groschen. In d. Reichweite: 1000 u. 1000; 1,00 Mark. In d. Reichweite: 1500 u. 1500; 1,50 Mark. In d. Reichweite: 2000 u. 2000; 2,00 Mark. In d. Reichweite: 2500 u. 2500; 2,50 Mark. In d. Reichweite: 3000 u. 3000; 3,00 Mark. In d. Reichweite: 3500 u. 3500; 3,50 Mark. In d. Reichweite: 4000 u. 4000; 4,00 Mark. In d. Reichweite: 4500 u. 4500; 4,50 Mark. In d. Reichweite: 5000 u. 5000; 5,00 Mark. In d. Reichweite: 5500 u. 5500; 5,50 Mark. In d. Reichweite: 6000 u. 6000; 6,00 Mark. In d. Reichweite: 6500 u. 6500; 6,50 Mark. In d. Reichweite: 7000 u. 7000; 7,00 Mark. In d. Reichweite: 7500 u. 7500; 7,50 Mark. In d. Reichweite: 8000 u. 8000; 8,00 Mark. In d. Reichweite: 8500 u. 8500; 8,50 Mark. In d. Reichweite: 9000 u. 9000; 9,00 Mark. In d. Reichweite: 9500 u. 9500; 9,50 Mark. In d. Reichweite: 10000 u. 10000; 10,00 Mark.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, den 3. September 1925

5. Jahrgang Nr. 192

## Anerkennung des Exekutive-Briefes

Das Hauptziel: Heran an die Massen!

Am Dienstag fand im Landtag eine Konferenz der Bezirksleiter und politischen Redakteure der KPD statt, die sich mit der Lage in der Partei beschäftigte. An dem Sekretär des Genossen Thälmann schloß sich eine ausführliche Diskussion. Die Abstimmung am Schluß der Tagung ergab folgendes Resultat:

Für die nachstehende abgedruckte Resolution 42 Stimmen, dagegen 7 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen.  
Für den Brief der Exekutive 44 Stimmen, dagegen 6 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung.

### Resolution

der Konferenz der Pol. Sekretäre und Redakteure. (Vorgelesen vom 3A.)

1. Die Konferenz der Pol. Sekretäre und Redakteure der KPD stellt sich vorbehaltlos auf den Boden der Beschlüsse der Komintern in der deutschen Frage.

2. Die Konferenz stimmt der Analyse der politischen Lage in Deutschland zu, wie sie von der Exekutive gegeben wurde.

3. Die Konferenz stimmt der Kritik zu, die von der Exekutive an der bisherigen engeren Parteileitung unter Führung der Genossen Maslow und Ruth Fischer geübt wurde. Insbesondere wurden folgende Fehler begangen:

- a) Verzicht auf die richtige Einschätzung der neu entstehenden politischen Situation;
- b) mangelhafte Einschätzung und Durchführung der Gewerkschaftsarbeit;
- c) trotz höchster Angriffe gegen die Ultralinken in Wort und Schrift kein Ende konsequenter, steigender, die ganze Partei ideologisch aufklärender Kampf gegen den Ultralinken Geist, sondern theoretische Konzeption an die Ultralinken (Briefe Maslow gegen Lenin und den 3. Weltkongreß) und politische Konzeption an die Ultralinken gegenüber der Komintern (am Schluß des Parteitag);
- d) ein unrichtiges, völlig unentsprechendes Verhältnis zur Komintern;
- e) schwere Fehler im innerparteilichen Russ. Uebertreibung des medonischen Kampfes gegen die verschiedenen oppositionellen Strömungen;
- f) mangelnde Kollektivarbeit innerhalb der Zentrale.

4. Die Durchführung der Beschlüsse der Exekutive erfordert eine Reihe wichtiger Maßnahmen. Die hauptsächlichsten sind:

- a) richtige Einschätzung und breite propagandistische Veranschaulichung der beginnenden Wende der politischen Situation;
- b) härteste, entschlossenste Orientierung auf die sich nach links entwickelnden Arbeitermassen in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften;
- c) Konzentration aller Parteikräfte, aller leitenden Parteioffiziere, aller Mitglieder bis auf das letzte, auf die Gewerkschaftsarbeit;
- d) Reorientierung der innerparteilichen Linie. Heranziehung aller Elemente, die eifrig mitarbeiten, in allen Organen der Partei. Ueberzeugung der Mitgliedschaft nicht durch distanzierende Beschlüsse, sondern durch gründliche, offene Diskussion;
- e) unbedingte Kollektivarbeit in allen Parteioffizieren, von Zentralkomitee bis zum Zellenleiter;
- f) völliges Zusammengehen mit der Komintern ohne alle Vorbehalte und Schwankungen.

5. Die Gesamtheit der erwähnten neuen Maßnahmen bedeutet selbstverständlich nicht nur organisatorische Umstellungen, sondern eine politische Kursänderung, aber keinesfalls eine Kursänderung nach rechts, sondern im Sinne der Ausrichtung und Orientierung der bolschewistischen Linie.

6. Die Pol. Sekretäre und Redakteure billigen vorbehaltlos den Brief der Exekutive an die deutschen Parteimitglieder, die organisatorischen Beschlüsse der Moskauer Beratungen und die Haltung der deutschen Delegation. Sie verpflichten sich, einheitlich und geschlossen jeder in seiner Organisation und in seinem Wirkungsbereich für diese Linie einzutreten und auch den letzten Widerstand gegen sie, von welcher Seite er auch komme, mit ganzer Kraft rücksichtslos zu bekämpfen.

### Die Stellungnahme der Bezirksleitung Halle-Merseburg

Eine Bezirksleitungsung nahm am gestrigen Mittwoch folgende Resolution einstimmig, bei einer Stimmenthaltung, an:

Die Bezirksleitung des Bezirks Halle-Merseburg der KPD stellt sich vollinhaltlich und vorbehaltlos auf den Boden des Briefes der Exekutive und der Beschlüsse der Reichskonferenz.

Die Bezirksleitung stellt insbesondere fest:

- 1. Der endgültige und entscheidende Uebergang der deutschen Bourgeoisie zur westlichen Orientierung, also ins Lager des westlichen Imperialismus, ist von der deutschen Partei nicht klar genug aufgezeigt worden. Daraus mußten sich eine Verneinung und Unterföhrung der Abwanderung der unter den wachsenden Dames-kräften lebenden Massen des Proletariats, wie des Kleinbürger-tums im Sinne der östlichen Orientierung, d. h. einer wachsenden Campagne zur Sowjetunion ergeben.
- 2. Die wachsenden Lohn- und Wirtschaftskämpfe der Bauarbeiter

und Textilarbeiter, das Herannahen großer Arbeitskämpfe im Bergbau und bei der Eisenbahn, die eine neue Welle gesteigerter Klassenkämpfe anzuheben, sind nicht frühzeitig genug erkannt worden. Innerhalb der Sozialdemokratie ist eine Radikalisierung der Arbeiterfront eine absolute Tatsache. Im Bezirksmaßstab liegt eine starke Zerlegung der SPD, vor allem im „linken“ Sektor, des „Kollaborat“ -Verhaltensgebietes zweifellos fest. Die Vorbedingungen für die Schaffung eines breiten linken Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung sind im Entstehen.

Die Arbeiterdelegationen nach Sowjet-Rußland beweisen die Tendenz zur östlichen Orientierung der Arbeiterfront. Die kommunistische Partei hat die Aufgabe, die Schaffung eines linken Arbeiterblocks mit aller Kraft zu fördern. Sie hat durch konkrete und positive Lösungen die Beilebung der Neugruppierung in der Arbeiterfront im Sinne der östlichen Orientierung herbeizuführen.

2. Die führende Gruppe der Partei, Ruth Fischer-Maslow, hat die Entwicklung der neuen Situation nicht klar und frühzeitig genug erkannt. Sie hat insbesondere am 10. Parteitag keine derart scharfe taktische Wendung herbeigeführt, daß die gesamte Partei auf die neuen Strömungen innerhalb der Arbeiterfront aufmerksam wurde. Die Schaffung einer breiten Gewerkschafts-Abteilung wäre eine entscheidende Aufgabe des Reichsparteitages gewesen. Es genügt nicht, daß die Parole „75 Prozent der Parteiarbeit gehört der Gewerkschaftsarbeit“ ausgegeben wurde. Ohne die organisatorische Lösung der Frage durch Schaffung einer entsprechenden Gewerkschafts-Abteilung mußte die obige Parole zu kurz kommen. Der Kampf gegen die Ultralinken wurde zwar laut und heftig, aber nicht bis zu Ende konsequent und theoretisch einmündig geführt. Das Resultat war Komintern wurde ein unmögliches, weil der antibolschewistischen Legende, die Komintern wolle eine Rechtswendung, nicht scharf entgegen getreten wurde. Die Uebertreibung des medonischen Kampfes gegen die verschiedenen oppositionellen Strömungen mußte zur Beilebung einer bolschewistischen Parteidemokratie führen.

3. Die Aufgabe der Partei für die nächste Zeit ist die richtige Einschätzung der Situation und die entschlossenste Orientierung auf die sich nach links entwickelnden Arbeitermassen innerhalb der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften. Der wilde Kampf auch gegen sozialdemokratische Arbeiter, der als Uebereiferheit aus dem Zeit des Bürgerkrieges noch vorhanden ist, muß aufhören und der Ton der Partei muß abgemildert werden auf die Verständigung mit den Arbeitermassen im Sinne der östlichen Orientierung. Die Schaffung eines breiten linken Arbeiterflügels in der deutschen Arbeiterbewegung muß der Grundgedanke unserer aus Höchste gesteigerten Gewerkschaftsarbeit sein. Ueber unsere Gewerkschafts-Organisation hinaus muß ein Arbeiter-Verbindnetz geschaffen werden, der unter kommunistischer Führung den Kampf gegen die Dames-Front der Bourgeoisie zu führen lernt. Innerparteilich erfordert die Reorientierung der Partei die Heranziehung aller eifrig arbeitenden Elemente. Der Parteilichkampf muß aufhören. Härtliche politische Auffassungen müssen im Sinne der Parteidemokratie durch breite Diskussion unserer Mitgliedschaft ausgemerzt und auf die Dauer unhaltbare Genossen durch die Mitgliedschaft selbst und nicht durch distanzierende Beschlüsse aus der Führung ausgeschlossen werden. In diesem Sinne ist im völligen Zusammengehen mit der Komintern ohne jede Schwankung der Kampf gegen die branderliche und ultralinken Aufspaltung ein wesentlicher Teil für die Klärung der Partei, und für die Ermöglichung der reifsten Durchführung der Beschlüsse des Exekutive-Briefes.

4. Die Bezirksleitung stellt fest, daß die neuen Maßnahmen eine politische Kursänderung darstellen, die aber keineswegs eine Rechts-Entwicklung, sondern eine Ausrichtung und Orientierung der bolschewistischen Linie sind.

5. Im Bezirk Halle-Merseburg erfordert die reifste Durchführung der Beschlüsse eine Wende der Arbeitsmethoden innerhalb der Bezirksleitung im Sinne der Demokratisierung und Heranziehung neuer Kräfte, so wie bereits in der Schaffung des Arbeiterausschusses Halle und einer breiten erweiterten Bezirksleitung zum Ausdruck kommt. Die politische Haltung des „Klassenkampf“ ist noch mehr als bisher zu ändern in der Linie einer richtigen Behandlung der sozialdemokratischen und parteiellen Arbeitermassen innerhalb der freien Gewerkschaften, wobei die Bezugsverhältnisse in den Vordergrund zu stellen sind. Insbesondere ist der politische Teil der Zeitung auszubauen in der Richtung der Schaffung einer breiten linken Arbeiterfront gegen die Zentrum und für die östliche Orientierung. Jeder nur mögliche wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse muß auf Grund der Perspektive frühzeitig vorbereitet und im Sinne der Beschlüsse weitergeführt werden.

6. Die Bezirksleitung fordert die Mitgliedschaft auf, den Brief der Exekutive eingehend zu studieren, klar und nüchtern die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, damit die Gesamtpartei im Bezirk wie im Reichsmaßstab in der Lage ist, geschlossen auf dem Boden des Briefes der Exekutive die Arbeitermassen zum Kampf zu sammeln.

## Nichts kann uns vom richtigen Wege abhalten!

Der Sinn des Exekutive-Briefes

p. m. Halle, 3. September.

Die kapitalistischen Organe und in noch härterem Maße die sozialdemokratischen Zeitungen schreiben wieder einmal von „Moskauer Diktat“, nachdem die Exekutive der Kommunistischen Internationale, die ihren Sitz in Moskau hat, in einem längeren Brief sich über die Fehler der bisherigen Parteileitung und über die jetzt klarer zu bestimmende Taktik in der Richtung der Herausbildung einer linken Arbeiterbewegung in Deutschland verbreitet hat. Das Blatt der demokratischen Kantiers, das „Berliner Tageblatt“, liegt in der ganzen Angelegenheit sogar nur ein Geldproblem. Indem die Internationalen des Börsen- und Handelskapitals von sich auf andere schieben, behaupten sie, die Schwärzung in der kommunistischen Partei müsse schon deswegen vollzogen werden, weil man allgemein eben die Änderung eines Geldbesizers durchzuführen muß.

Nicht etwa, daß wir glauben, daß diese Redensarten von den „Moskauer Kugelwühlern“ jemals aufhören werden, nicht etwa, daß wir uns gegen die Theorie des „fallenden Kurses“ zu verteidigen brauchen, nur der parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter wegen machen wir, bevor wir auf den Sinn des Briefes des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale zu sprechen kommen, folgende tatsächlichen Angaben:

Die kommunistische Internationale ist kein Zwangsinstitut, in dem irgend jemand diktiert, sondern sie ist eine Vereinigung revolutionärer Parteien aller Länder. Dementsprechend fest sich auch die Exekutive aus den Vertretern aller größeren kommunistischen Parteien zusammen. Die russischen Genossen haben keine größeren Rechte als die englischen, französischen oder deutschen, wobei es allerdings klar ist, daß unsere russischen Genossen infolge ihrer reicheren Erfahrungen, was mit der von ihnen herrschend geschlagenen proletarischen Revolution zusammenhängt, stets gegenüber den anderen Sektionen eine besonders ersichtliche und beachtende Rolle spielen müssen. Es ist auch weiter ganz selbstverständlich für jeden denkenden Arbeiter, daß der Sitz der Exekutive der 3. Internationale logischerweise heute noch nur Moskau, die Hauptstadt der herrschenden proletarischen Revolution, sein kann. Wenn die herrschende Revolution von Osten nach Westen über die Welt zu gehen, dann wäre natürlich auch der Zeitpunkt gekommen, wo der zentrale Sitz der Führung der kommunistischen Internationale nicht mehr Moskau ist, sondern vielleicht Berlin oder Paris werden kann.

Die kommunistische Internationale ist eben eine wirkliche Internationale, eine einheitliche Weltpartei, deren einzelne Sektionen sich mit verantwortlich fühlen für die Angelegenheiten dieser oder jener Partei. Wenn das Interesse der Arbeiterbewegung es erfordert, dann hat die kommunistische Internationale nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, auch in solcher Form einzugreifen, wie das jetzt durch den Brief der Exekutive geschehen ist.

Diese Einheitlichkeit, diese eigene Disziplin, dieses eigene Ausprechen der Fehler, dieses gemeinsame Arbeiten an der Ausmerzung falscher politischer Einschätzungen und falscher taktischer Maßnahmen, das soll uns Kommunisten nur die 2. Internationale nachahmen! Die 2. Internationale, die im letzten Jahr ein Korrespondenzbüro, zwei Weltkongresse und ein Ministerrat hat, wird sich immer mehr von dem Ausschluß eines Koste, dessen Hände mit Arbeiterblut besetzt sind, aus der SPD zu verdrängen und die politischen oder parlamentarischen Sozialdemokraten zur Ordnung zu rufen, weil sie die Stützpunkte ihrer Bourgeoisie gegen die Arbeiter und Bauern in leitenden Staatsfunktionen mitmachen. Könnte es die 2. Internationale wagen, auch nur in der letzten Form die Dames-Methode, die Korruption im höchsten Führertum der SPD, zu geißeln? Wäre es in der 2. Internationale möglich, daß ganz öffentliche Schädlinge der Arbeiterbewegung innerhalb der SPD, — nehmen wir zum Beispiel die rechten 23 Sozialdemokraten in Sachsen, die sich mit der schlimmsten Reaktion gegen das Proletariat im Sächsischen Landtag verbunden haben — vor den Arbeitermassen durch rücksichtslose Kritik fallen gelassen würden? Nein, das alles ist völlig unmöglich. Unmöglich deswegen, weil bei einer solchen Handhabung einer revolutionären Disziplin sich das zusammengefallene Diktat, das sich 2. Internationale zu nennen beliebt, sofort in seine einzelnen Bestandteile auflösen müßte. Unmöglich deswegen, weil jede einzelne nationale Gruppe der 2. Internationale sich nicht verantwortlich fühlt gegenüber den Interessen des gesamten Weltproletariats, sondern gegenüber der eigenen nationalen Bourgeoisie.

Dieser Vergleich zwischen dem Wesen der 3. und der 2. Internationale müßte gezogen werden, um den Brief des Exekutivkomitees der KI in seiner Bedeutung zu verstehen. Wir begreifen schon, daß das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“, angefüllt der kollektiven Fehler innerhalb der kommunistischen Internationale an der Ableitung begangener Fehler bei der Vertikale des „unendlich langen Briefes“ zu können beginnt: „Wir wird von allem so dumm, als gingen wir ein Wälschen im Kopf herum.“ Dieses „Wälschen“ geht überhaupt allen Redakteuren in den sozialdemokratischen Zeitungen im Kopf herum. Ein achtungsvolles ist natürlich wieder einmal das häßliche „Bolschewismus“, das sich in den allerhöchsten Hellsichtern ausbreitet über den englischen „Bankrot der KPD“. Die armen Redakteure im „Kollaborat“ erleben so selten ein Freude an ihrer Partei, daß wir ihnen dies unzulässige Vergnügen, über einen nicht wachsbrennen Bankrott der KPD, zu jubeln, von Herzen gönnen. Ein klein

wenig klüger ist da schon die „Beiziger Volkseigenheit“, die sich immer gerne etwas „links“ drapiert. Die Zeitung hält es noch nicht für so ausgemacht, daß die SPD, wie es die „Vollkraft“-Redakteure in ihrer großmütigen Art und Weise verstanden, jetzt erledigt ist. Es ist immerhin interessant zu sehen, daß die „Beiziger Volkseigenheit“ über den Erfolg der „neuen“ Taktik (die ja in letzter Linie nur eine veränderte Fortführung der von den Kommunisten immer geübten Einzelkämpfer-Taktik) der von der SPD immer geübten Einzelkämpfer-Taktik die „Beiziger Volkseigenheit“ Urteil: „Da die Kommunisten jetzt mit ihrer neuen Taktik imstande sind, so schnell die Sympathien der Arbeiter Deutschlands für sich zu gewinnen, wie sie für ihre politischen Zwecke brauchen, das scheint uns sehr fraglich zu sein. Aber das ist eine Frage der Zukunft, die uns im Augenblick nicht weiter interessiert.“

Etwas näher auf den Kern der Sache kommt man schon, wenn man sich die Zeitungen der Klassenfeinde des Proletariats etwas näher ansieht: Der bürgerliche Klassenintellektuell sieht naturgemäß in diesem Augenblick klarer als der blinde Haß gegen alle Kommunisten, der sich in sozialdemokratischen Zeitungen ausstößt. So lesen wir in der „Berliner Morgenzeitung“ in einem mit der Überschrift „Neue Wege zum revolutionären Klassenkampf“ überschriebenen Artikel folgende Einschätzungen aus der durch den Exekutivrat jetzt behandelten Angelegenheit: „Der Gefahr der weiteren Verflüchtigung des Klassenkampfes gegenüber der zu erwartenden Erhöhung der Wirtschaften liegt also vor. Dieser Gefahr muß das deutsche Bürgertum ins Auge faßen. Wir sind gespannt, wie man sich in den Ranggeheimnissen des Bürgertums, beim letzten Zentrum und bei den Demokraten mit dieser Neugruppierung der revolutionären Kräfte in Deutschland, mit diesem Neuanfang zum Klassenkampf und Umwälzung abfinden wird.“

Noch deutlicher sprechen die „Sozialen Nachrichten“ von ihrem Klassenstandpunkt die Befürchtung aus, daß die sozialistische Behandlung der proletarischen und sozialdemokratischen Arbeiter durch die Kommunisten den Einfluss in der Arbeiterbewegung zum Schaden der Sozialisten vergrößern könnte: „Wer allem Tadel in Zukunft die Härte und entschlossene Orientierung beizulegen der sich nach links entwickelnden Arbeitermassen in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften vorgenommen hat, diese neue Taktik wird natürlich die Gefahr einer Radikalisierung der Sozialdemokratie sehr nahe. Man wird diesen Moment bei der Einführung der innerpolitischen Geländekarte nicht übersehen dürfen. Auf der bevorstehenden Tagung der Sozialdemokratie wird sich zeigen, wieviel die sozialdemokratische Parteileitung solchen Strömungen von links entgegenzuwirken geneigt ist.“

Hier ist tatsächlich der Kern der ganzen Angelegenheit getroffen. Es handelt sich wirklich bei dem Brief der Exekutive der kommunistischen Internationale nicht um diejenige oder jenen Führer in der SPD, sondern es handelt sich vollkommen sachlich darum, wie es möglich, härter als bisher die der proletarischen Revolution fernstehenden Arbeitermassen hineinzubringen in eine proletarische Einheitsfront auf dem Boden des Klassenkampfes, damit die proletarischen Interessen triumphieren können gegenüber dem gemeinsamen Klassenfeind aller kommunistischen, sozialdemokratischen und sozialistischen Arbeiter.

Wie im einzelnen diese Taktik sein soll, darüber braucht hier nicht mehr gesprochen werden, nachdem der Exekutivrat in der ausgiebigen und lehrreichen Weise diese Taktik in allen Einzelheiten beschrieben hat. Aber die sozialdemokratischen Arbeiter mögen sich selbst ja Rechenschaft ablegen, warum die Befürchtungen der kapitalistischen Zeitungen dahin gehen, daß jetzt durch die bessere Taktik der Kommunisten eine Einheitsbewegung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeitermassen bemerkbar machen wird. Bekanntlich ist es ein Grundgesetz der proletarischen Bewegung, daß man immer das tun muß, worauf ihre Klassenfeinde fürchten, und daß man das nicht tun darf, worüber unsere Gegner sich freuen. Ganz offensichtlich macht die bürgerliche Presse heute den Exekutivrat der SPD, klar gegen alle diejenigen Elemente in der SPD, die nach einer Völkervereinigung der gesamten deutschen Arbeiterbewegung streben. Das sollte für jeden ehrlichen Arbeiter ein recht einleuchtendes Argument sein, das jenen einseitigen Klassenfront zu brechen, allen Selbstangelegenheiten des Bürgertums und der sozialdemokratischen Führer zum Trotz, die für das Proletariat allein Erfolg verspricht.

Und weil dieser Exekutivrat und allen Kommunisten tatsächlich vollkommen richtig diese kampfbefähigste Form des revolutionären deutschen Proletariats nachschaut, weil wir ferner wissen, daß entweder die Klassenfronttendenz, weil wir ferner wissen, daß entweder die Klassenfronttendenz nicht wird, deswegen gehen wir ruhig unter dem Brief der Exekutive vorbestimmten klaren Weg in der sicheren Überzeugung, daß am Ende mit die Sieger sein werden.

### Der Entwurf des neuen Reichs-Schulgesetzes

Zerschlagung der weltlichen Schulen, Errichtung der Kirchen-schulen (WZ) Berlin, 3. September.

Das „Berl. Tagbl.“ ist in der Lage, einen Auszug aus dem Entwurf eines neuen Reichs-Schulgesetzes zu veröffentlichen, der den Reichstag in der bevorstehenden Tagung beschäftigen wird. Das § 5 des Gesetzes lautet über die Bekennnisschule gesagt, daß die gesamte Unterrichts- und Erziehungsbildung getragen sein muß vom Geiste des Bekennnisses, für das sie bestimmt ist. Die Einführung des neuen Reichs-Schulgesetzes hat im Benehmen mit der bestehenden Religionsgemeinschaft zu erfolgen. Auch die Zahl der bestehenden Religionsgemeinschaften hier ist im Einklang mit der Religionsgemeinschaft festzusetzen. Lehrern, deren Tätigkeit den Vorzeichen ausbleibt, ist es ebenfalls der Unterricht an der Bekennnisschule auszusprechen. Nach § 15 des Entwurfs genügt ein Antrag mit 40 Unterschriften von Eltern oder Erziehungsberechtigten im schulpflichtigen Kinder zur Einrichtung einer Bekennnisschule, Abschnitt 3 des Entwurfs beschäftigt sich mit der Handhabung des Religionsunterrichts in den Volksschulen, § 25 bestimmt hier, daß der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist. Den Religionsgemeinschaften ist ausreichendes Gelegenheit zum Besuch des Religionsunterrichts zu geben. Gelegenheit zum Besuch des Religionsunterrichts zu geben. Die betreffenden Landesregierungen haben für das Recht, die betreffende Landesregierung zur Verfügung zu stellen. In den örtlichen Schulverwaltungen sollen Vertreter der in Frage kommenden Religionsgemeinschaften Sitz und Stimme erhalten.

Es war zu erwarten, daß das neue Reichs-Schulgesetz einen ganz erheblichen Aufbruch in der Richtung bringen würde, die nach der Richtung hin, die die Kirche im neuen Entwurf gegenüber ist, ist nicht mehr zu übersehen. Der Kirche, die sich durch den Entwurf vollkommen die Wächter über die Schule ausgerechnet. Dieser Entwurf hat aber den ganzen Inhalt dieses neuen Entwurfs des Reichs-Schulgesetzes. Dieser Entwurf wird in der nächsten parlamentarischen Session des Reichstages vorgetragen werden und die Regierungsparteien werden — an dem neuen Reichs-Schulgesetz — diesen Entwurf als Gesetz durchzusetzen werden. Damit können die Regierungsparteien ideologisch ihren Volk und Steuerzahler. Die SPD hat bis heute gerade die Kulturfragen immer und immer wieder mit dem Hinweis auf die wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen gepeilt und den Parteiparteien vollkommen ihre Hände in den Rücken zu stecken. Der Entwurf hat die Richtung für dies Verhalten im Gesicht des Entwurfs zum Reichs-Schulgesetz. Es ist selbstverständlich, daß die Kommunisten alle Kampfmomente innerhalb des Proletariats als Bundesgenossen im Kampf gegen die Schulreform brauchen werden, um die Front der Kampfes zu brechen. Der Entwurf hat die Richtung für dies Verhalten im Gesicht des Entwurfs zum Reichs-Schulgesetz. Es ist selbstverständlich, daß die Kommunisten alle Kampfmomente innerhalb des Proletariats als Bundesgenossen im Kampf gegen die Schulreform brauchen werden, um die Front der Kampfes zu brechen. Der Entwurf hat die Richtung für dies Verhalten im Gesicht des Entwurfs zum Reichs-Schulgesetz. Es ist selbstverständlich, daß die Kommunisten alle Kampfmomente innerhalb des Proletariats als Bundesgenossen im Kampf gegen die Schulreform brauchen werden, um die Front der Kampfes zu brechen.

### Neue Ertragsprokte für die Großagrarien

Einführung des Einheitspreises (WZ) Berlin, 2. September.

Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine neue Vorlage unterbreitet, nach der das Einheitspreissystem nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am 1. Januar 1926, sondern bereits am 1. Oktober in Kraft treten soll. Heute wird sich eine Ausbesserung des Reichsrats mit der neuen Vorlage beschäftigen; morgen wird vermutlich der Reichstag seinen endgültigen Beschluß über die Vorlage fassen.

Wir hatten vor kurzem auf eine neue Attacke des Reichslandbundes zur Vertretung des Getreides hingewiesen, die darin bestand, daß der Reichslandbund kategorisch vom Landwirtschaftsministerium das System der Einheitspreise verlangte. Wir hatten diese Lausche schon damals als einen für jeden erkennbaren Eingriff privater Organisationen auf die Regierung gefährlichen und hatten die Vermutung ausgesprochen, daß die Regierung als Statthalterin der großagrarischen Interessen nichts anderes tun könne, als diesem Begehren nachzugeben. Das ist inzwischen geschehen. Nach Zeitungsmitteilungen hat der Reichstag bereits beschlossen, daß die Einheitspreise ab 1. Oktober bemittelt werden. Durch diese Lausche wird das Getreide, das in den letzten Wochen durch das große Angebot auf dem Inlandsmarkt und Auslandsmarkt, dazu durch die Geldknappheit eine verhältnismäßige Verbilligung erfahren hatte, sofort in die Höhe schnellen. Dem System der Einheitspreise steht eine Exportprämie für Getreide zur Seite. Das Ueberangebot an inländischem Getreide wird durch diese Exportprämie befreit, so daß die Großagrarien für ihr Getreide einen höheren Preis erzielen können. Für das Getreide, was die Großagrarien ins Ausland ausführen, bekommen sie in der gleichen Höhe der Ausfuhr die Erlaubnis, sofort für die spätere Zeit, wenn der Markt von Getreide entleert ist, „Auslandsgetreide“ einzuführen. Diese künstliche Regulierung des Marktes liefert den Großagrarien überaus hohe Ertragsprokte, die von den Verbrauchern bezahlt werden müssen. An diesem Beispiel erkennt man deutlich, was es mit der Anti-Zerlegungskampagne der Regierung auf sich hat. Sie ist zur Zeit der Zeit, die erneute Steigerung aller lebensnotwendigen Nahrungsmittel zu betreiben, und dabei doch die Massen abspalten, sich höhere Löhne zu erkämpfen.

Die Arbeiterklasse hat wahrhaftig nach diesen Proben brutaler Profitgier, nach solchen Schwindelmethoden der Luther-Regierung keine Ursache, auch nur in den kleinsten Dingen nachzugeben. Die Großagrarien gehen von ihrem Standpunkt aus rücksichtslos vor, es ist an der Zeit, daß endlich eine gewaltige proletarische Einheitsfront von dieser Rücksichtslosigkeit lernt und mit allen Mitteln des Klassenkampfes die Verteidigung der proletarischen Interessen aufnimmt.

### Die Arbeitslosigkeit wächst

Der Stand in Berlin (WZ) Berlin, 2. September.

Berlin. Die Arbeitslosigkeit in Berlin wächst infolge zunehmender Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen. Demzufolge ist der Arbeitsmarkt im allgemeinen verunsichert. Es werden weniger Arbeitskräfte verlangt und bei den Arbeitsnachweisen tragen sich mehr Arbeitsuchende ein. In der letzten Woche stieg die Zahl der Arbeitslosen um 2.700. Mächtige Jagdarbeiter und ungelernete Arbeiter werden von der Arbeitslosigkeit hauptsächlich betroffen. Etwas weniger die weiblichen und die jugendlichen Arbeitskräfte. Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit infolge der schiefen Verteilung der Arbeitskräfte waren bei den Arbeitsnachweisen 47.438 gegen 44.743 der Vormonats.

### Neue Völkervereinigung

Die Wollfrage (WZ) Berlin, 2. September.

Genf. Die neue Völkervereinigung hat ihre erste öffentliche Sitzung abgehalten. Die Wollfrage, d. h. der erste Kauf, den England durch Wegnahme dieses Petrolgebietes an der Türkei begeben will, wurde besprechungsweise für diese Vereinigung imperialistischer Mächte in eine Geheimhaltung verpackt. England'scherseits werden Gerüchte im Umlauf gesetzt, es finden Verhandlungen zwischen der türkischen und englischen Delegation über Wollfrage statt, zweifelhafte Einigung, gleichzeitig lassen die Engländer sich aus Arabien telegraphieren, das Parlament, d. h. einige Mitglieder des englischen Imperialisismus, habe beschlossen, auch nach Ablauf der englischen Mandatsfrist weiterhin ein enges Bündnis mit England aufrechtzuerhalten. England will bekanntlich sich ein weiteres Mandat auf 25 Jahre herauszuweisen lassen. So selbstlos sind

die englischen Imperialisten! Die türkische Delegation vermahnt sich sehr energisch gegen diese Gerüchte und Wadenstücken.

### Aufreten Mussolinis gegen den Garantiepakt

London. „Times“ lassen sich aus Rom melden, Mussolini beschuldigt, an der Konferenz Stresemanns mit den alliierten Außenministern über den Garantiepakt teilzunehmen. Er habe den alliierten Regierungen schon mitgeteilt, er wüßte, daß die Konferenz an einem unrat gelegenen Orte in Europa, um ihm die Teilnahme zu erleichtern. Sollte diese Meldung sich bewahrheiten, so hat man darin nicht nur einen Verstoß Mussolinis zu erblicken, sein Verstoß auf einer weit wichtigeren Konferenz zu kräftigen, sondern es wäre dies wahrscheinlich der Start zu einer Schwenkung in der italienischen Außenpolitik in der Garantiepaktfrage — bekanntlich lehnte Mussolini jede Beteiligung am Garantiepakt ab — und in der Haltung Italiens gegenüber dem Komplex-Problem.

### Kämpfe um Arbeitszeit und Brot im Reich

Berlin. Im Lehrervereinshaus Berlin tagte Dienstag eine Versammlung der Reichs- und Staatsarbeiter, die einen Bericht des Kollegen Sielert vom Vorstand des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes entgegennahm über die Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium. Die Stellungnahme der Regierung wurde als eine Herausforderung der Reichs- und Staatsarbeiter bezeichnet. Die Vertretung mit dem Preisentscheidungsamt könne den Arbeitern nicht genügen. Denn die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter liegen viel unter denen aller Industrie- und Gewerkschaften. Einmütig wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Besetzung beauftragt den Verbandsvorstand, falls es bei der Behauptung des Kampfes, also zur Arbeitseinstellung kommt, die Reichs- und Staatsarbeiter sofort zusammenzusetzen, um Stellung zu nehmen zur Arbeitseinstellung.“

Böhmum, 3. September. In Böhmum fanden gestern unter dem Vorsitz des Dr. Feder Lohnverhandlungen für die Metallindustrie Nordwest über einen Ortstarif für den Böhmum Bezirk statt. Die Gewerkschaften forderten folgende Stundenlöhne: Angelernte Arbeiter 80 Pf., angelernte Arbeiter 85 Pf., Spezialarbeiter 74 Pf., Spezialfacharbeiter 78 Pf.

Da die Vertreter des Arbeitgeberverbandes diese Forderungen ablehnten und es nach mehrwöchigen Verhandlungen zu keiner Einigung kam, fällt der Schlichter einen Schiedsspruch im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen. Die Erklärungsschrift läuft bis 15. September.

An der Arbeitszeitfrage einigte man sich dahin, daß die bisherige Arbeitszeit mit sechsmonatiger Kündigungsfrist für beide Teile aufrechterhalten bleibt.

Mülledorf, 3. September. Der staatliche Schlichter fügte für die Hagener Maderarbeiter folgenden Schiedsspruch: 1. Die Löhne werden um 6 Prozent erhöht. 2. Die bisherige Zulage von 8 Prozent wird auf 14 Prozent erhöht. 3. Das Urlaubsgeld beträgt 70 Prozent. 4. Das Arbeitsverhältnis wird fortgesetzt in dem Ausmaß, wie es den Betrieben möglich ist. 5. Die Arbeiter nehmen die Arbeit wieder auf bei einstägiger Kündigungsfrist bis zum 21. September (1). 6. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. 7. Die Erklärungsschrift läuft bis 4. September.

Mülledorf, 3. September. Der Streit um den Meis und Zinkgeben an der unteren Bahn, der seit fünf Monaten währte, wurde abgebrochen. Vereinbarungsgemäß sollen Mitte Oktober die beiden Kommissionen die Verhandlungen wieder aufnehmen.

Kemtscheid, 3. September. In der Kemtscheid Bergwerksindustrie werden Stillelegungen und Entlassungen angeündigt. Die Unternehmer berufen sich auf schließlichen Abfall infolge der bestehenden Kapitalnot.

Mülledorf, 3. September. Die Lohnverhandlungen zwischen der Direction der lothringischen Zechen und den Gewerkschaften haben zu dem Ergebnis geführt, daß den Bergarbeitern eine prozentige Lohnverhöhung ab 1. September bemittelt wurde.

### Weiterstreik der Pariser Bankbeamten

Paris. Die Bankbeamten beschließen mit über Dreierleiterschleife, den Streik fortzusetzen. Die Bankdirektoren schlagen vor, daß keine Maßregelungen vorgenommen werden, daß aber der Gehalt für August nicht bezahlt werde. Obwohl fast eine Belegungsfrage von 300 bis 400 Franken ausgereicht werden. Einige Banken erhöhen die Gehälter um 25 bis 75 Franken.

### Die Gewerkschaftseinheit marschiert

#### Niederführung der Industrie-Gruppe Metall der Union in den DMB.

In der am Sonntag, dem 30. August 1925, stattgefundenen Reichstagskonferenz der Industrie-Gruppe Metall der Union wurde nach dem Bericht der Reichsleitung über die durchgeführte Niederführung der Mitglieder zum DMB, einstimmig beschlossen: Die Organisation ist aufgelöst, das vorhandene Barvermögen wird der „Rosen Hilfe“ übergeben.

Mit nachstehendem Aufruf, dessen Schlußwort wir veröffentlichen, wendet sich die Reichsleitung an alle Metallarbeiter. Durch die verschärften Kallengegenstände im nationalen wie internationalen Maßstabe haben die deutschen Metallarbeiter eine besondere Mission zu erfüllen. Der 3. Kongreß der IGG hat den Erkenntnis der Lage der internationalen Arbeiterklasse auch den deutschen Metallarbeitern den Weg gewiesen, welchen sie gegen über dem geschlossenen Unternehmertum einschlagen müssen. Nur eine geschlossene Kampffront aller Arbeiter in mächtigen Industrie-Verbindungen kann erfolgreich gegenüber dem Kapitalismus auftreten. Die Industrie-Gruppe Metall-Union führt seit ihrem Kongreß in Berlin einen unermüdeten Kampf für die Vereinigung aller Metallarbeiter im Deutschen Metallarbeiterverband. Dieser Kampf ist nicht ohne Erfolg geblieben. In richtiger Erkenntnis der gegenwärtigen Situation der Arbeiterklasse fordert die Reichskonferenz der Metall-Union ihre Mitglieder, sowie die Mitglieder des DMB, die gewerkschaftliche Einheit herzustellen. Durch den Eintritt unserer Mitglieder in den DMB wird die Kampfkraft der Metallarbeiter gestärkt. Den Mitgliedern der Vereinigung, sowie allen benutzigen Metallarbeitern, welche sich im Laufe der Jahre veranlassen zum Kampfe bereitstellen, rufen wir zu:

Weg mit eurer Eigenbelei, erkennt den Ernst der Situation, heißt durch euren geschlossenen Eintritt in den DMB, und durch revolutionäre Arbeit die Wege zu einer wirklichen Kampforganisation auszuwählen. Die Mitglieder des DMB, fordern wir auf, den Widerstand der Verbandsorgane gegen den Eintritt der eukontinentalen Metallarbeiter zu brechen und somit einer reellen Vereinigung aller Metallarbeiter die Wege zu ebnen.

Alle Metallarbeiter fordern wir auf, sich für die rechte Aufnahme aller außerhalb des DMB, lebenden Metallarbeiter einzu-

zuweisen und somit die Einheitsfront aller Metallarbeiter sicherzustellen. Metallarbeiter Deutschlands! Ihr geht schlimmen Zeiten entgegen. Nehmt Euch ein Beispiel an der herrlichen Kraft der englischen Arbeiterfront! Nur die geschlossene Front aller Metallarbeiter sichert Euch vor weiterer Ausbeutung und vollständigen Elend.

Hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband! Es lebe die Einheit der deutschen Metallarbeiter!

#### Vor der Verschmelzung bei den Eisenbahnen

(Eig. Draht.) Berlin, 3. September.

Ende voriger Woche fanden im Auftrag der Dr. Strömerleitung Berlin des freien Eisenbahnerverbandes Verhandlungen mit Vertretern des Reichs- und der Ortsgruppe Berlin des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands statt. Diese Verhandlungen führten zu Verhandlungen, die die Verschmelzung und den schließlichen Eintritt der freien Eisenbahner in den Einheitsverband gewährleisten. Die Generalversammlung der Delegierten und Betriebsräte haben mit allen gegen nur einen Stimmen die sofortige Verschmelzung beschlossen. Ein Aufruf an die unorganisierten Eisenbahner wurde einstimmig angenommen.

#### Arbeiter aus dem Betrieb für Gewerkschaftseinheit und Ausbilde-Delegation

(Eig. Draht.) Berlin, 3. September.

Der Betriebsrat der WEG-Lurbin, Berlin, hat folgendes mit dem Stimmen der sozialdemokratischen Kollegen beschlossene Telegramm abgefaßt: „An den nächsten Gewerkschaftskongreß Breslau, Gewerkschaftsbund. Der Betriebsrat der WEG-Lurbin, Berlin, ersucht mit regstem Interesse den Gewerkschaftskongreß. An Vortrage der Beschäftigten von 700 Mann fordern wir, daß der Kongreß Beschäftigte läßt, die die Wiedererrichtung des Achtstundentages, Schaffung von Industrieverbänden, Herstellung der Gewerkschaftseinheit, Arbeiter-Verband und Ziele haben. Zu diesem Zweck wird offizielle Delegation nach Komjutschland abgeordnet. Der Betriebsrat.“

# 2. Verhandlungstag des ADGB-Kongresses

## Die Kommunisten sprechen

Zweiter Verhandlungstag.

(Esp. Draht.) Breslau, 1. September.

Punkt 9 Uhr wird die Sitzung von Schumann eröffnet. Als erste spricht die Frauenleiterin Hanna. Sie begrüßt die vom Bundesvorstand beauftragte Seimarbeiterrückmeldung, kritisiert, daß zu wenig Frauen als Delegierte auf dem Kongress sind und verlangt härtere Agitationsstätigkeit unter den Frauen und deren Heranziehung zur Gewerkschaftsarbeit.

Simon, Vorsitzender des Seimarbeiterrates, weist nicht viel mehr zu reden, als eine Reihe von Moritatsgeschichten gegen die Kommunisten vorzubringen.

Hufmann (Bergarbeiter) verteidigt die Rührpolitik der Gewerkschaften. Sie wären es gewesen, die das Arbeiterlohnrecht verhilft hätten. (Sehr proletarisch wird gefragt: Was haben Sie verhilft?) Er berichtet dann von den Einigungsverhandlungen und dem Anschlag der Union an den Bergarbeiter-Verein und behauptet, daß dieser Anschlag den Kontrollrat der kommunistischen Gewerkschaftspolitik bedeuete. Jedoch erklärt er, wir begrüßen den Anschlag der Union. Jeder ist willkommen, der mitarbeiten will, Jellenbauer können wir jedoch nicht vertragen.

Malske (Jugend) begründet den von der Jugendkonferenz ausgearbeiteten Antrag zur Berufsschule.

Rey (Fabrikarbeiter) behauptet, daß die Gewerkschaftsleitungen schuld an dem Mißlingen der Verhandlungen waren. Die Gewerkschaften müßten aber alles daransetzen, daß sie trotz ihrer Schwächung in ihrer Leistungsfähigkeit und in ihrem Widerstand gegenüber den Unternehmern nichts einbüßen. Er polemisiert dann in auffällig sachlichem Tone gegen die Kommunisten und wendet sich zum Schluß gegen den DMB-Berlin eingebrachten Antrag zum Kampf gegen Zoll- und Steueränderungen, weil dieser Antrag nicht die Machtverhältnisse berücksichtige.

Schleicher (Holzarbeiter) schlägt in seinen Ausführungen eine auffallend kritische Note an, verlangt scharfe Selbstkritik und wendet sich dann gegen die Auffassung, daß der Mißschlag von Tarifverträgen immer im Interesse der Arbeiter und Gewerkschaften liege. Den Metallarbeitern um Dörmann, die ihren ganzen Kampf um den Achtstundentag auf die Förderung nach dem Selbstschicksal konzentrierten, sagte Schleicher derbe Wahrheiten, indem er darauf hinwies, daß der Achtstundentag nicht mit dem Stimmzettel erobert werden kann. Er wendet sich weiter scharf dagegen, daß die Gewerkschaften „sch immer die Söhne abtaufen“, indem sie bei jeder Gelegenheit um Schlichter rennen und Schlichtsprüche verlangen. Die Schlichter seien im Interesse des Staates und der Unternehmer, und es ist notwendig, daß sich die Gewerkschaften viel mehr auf ihre eigenen Kräfte verlassen.

Döring (Brotfabrikant) bemüht sich förmlich, in puncto Kommunisten die üblichen zu überführen, überhaupt das unheimliche Zeug, das ihm angeblich kommen über die Kommunisten gelangt hätte. Er soll Stimmen erklärt haben, daß die SPD erst die Gewerkschaften zerstören wolle, und dann mit den Trümmern den Kampf gegen den Kapitalismus führen wolle. Nach diesen Reden bot er scharf erklärte Forderungen, mit denen die Kommunisten wird man sehr leicht fertig, indem man sie einfach vor die Tür wirft.

### Die Antwort der Kommunisten

Genosse Galm, Offenbach: Es ist unmöglich, alle die hier vorgebrachten Vorwürfe und Behauptungen gegen die Kommunisten zu beantworten, schon deshalb nicht, weil hier gar nicht die Möglichkeit der Klärung besteht. Auch können wir zu den auf dem höchsten Niveau stehenden Ausführungen und Behauptungen Dörings öffentlich Stellung nehmen müssen.

Wenn Seipart den Arbeitern vorwirft, daß sie oft selbst Verlangungen der Arbeitssicht bei den Gewerkschaften beantragen, so muß festgestellt werden, daß die Gewerkschaften die von dem Bund der Gewerkschaften angeordnete und durch den ADGB unterstüzten Ermäßigungsgelehen erlassen wurden, schuld ist. Dadurch, daß die ADGB-Verteilung diese Verordnungen seinen Kampf führte, ist sie mit schuldig an dem Mißlingen des Achtstundentages und auch mit schuldig an dem gewerkschaftlichen Scheitern einiger Verordnungen in der Frage des Achtstundentages. Man hat hier scharfe Worte gehört gegen die Schlichtungsinstanzen.

Doch es waren Sozialdemokraten, die Weisheit und andere, die die arbeitserheblichen Schlichtsprüche gefordert und damit den Unternehmern den Achtstundentag besitzigen lassen.

Wenn hier vom Bundesvorstand und den verschiedenen Rednern so häufig auf die „veraltete“ kommunistische Gewerkschaftsbewegung hingewiesen wird, das als großer Sieg betrachtet wird, so erklärt die ADGB: Der ADGB ist von 9 auf 4 1/2 Millionen zurückgegangen. Das ist die Folge der Arbeitssicht. Das ist Euer Sieg. Nach so ein Sieg, und die deutsche Arbeiterklasse ist verloren. Ihr habt dafür gelernt, daß das Vertrauen der Massen zu den Gewerkschaften gesunken ist, und wie Kommunisten sind diejenigen, die mit allen Mitteln in den Massen zu den Gewerkschaften zurückzubringen und zu halten. An dieser Tatsache ändert Euer Gefühl nichts. Zum Schluß gibt Genosse Galm folgende Erklärung ab:

## Der Bankier reitet über das Schlachtfeld

Erzählung von Johannes K. Seher

Der Erzähler im Vordergrund des Bildes erblickt sich, deutet mit dem Finger in die Landschaft und begann:

„Diese Höhenzüge, die die Bergkette links in der Ferne sehen, sind, ebenso ist in Bezug des Landes, das ich sehe, nicht wegen der zahlreichen Mäntelung betretbar. ... Insgesamt 60 000 Mann mügen bei der Ertüchtigung und bei der Verteidigung dieser höchst wichtigen Stellen gefallen sein. ... Das zarte reine unschuldige Himmelsblau und diese Landschaft. ... Das ist ja alles noch so lates Land. Nichts gefeiert, nichts geehrt. ... Oh, welch eine Katastrophe! Katastrophe hat sich schonend, auf der halbersten Sandstraße, die erst sich kurzem wieder hergestellt war. An einem Wald gibt man vor, an einem Felsen von Wald, an einem Waldgebirge. Alle Bäume von Granaten zerfallen. Holzspäne lagen weit und breit. Wie in einer gewaltigen Hölle. ... In einem Weg quer durchs Feld bemerkte man schon Anläufe zu Schützengräben. Der Erzähler deutete mit erhobener Stimme gemächlich, diese seien von den Franzosen in den Tagen der Schlacht an der Warne ausgehoben worden.“

„Das war also vor Paris unsre letzte Stellung gewesen. ... Die Geschütze, die die Wälder rechts, wie die Konturen der Hauptstadt in der dunstigen Nebelstunde verschwammen. Die Autolonne raste weiter die Gasse entlang. Die eint prächtigen Akkordpfeifen waren alle in halber Höhe gefeiert. Die zerfallenen Pfeifen zeigten die sonderbarsten Figuren. Eine dreistimmige Fanfare schmetterte die Autolonne in die Landschaft. Sie und ba in einer der gestörten Ortschaften trat ein menschliches Wesen aus einer der Rinnen hervor, über und über mit

### Erklärung der Kommunisten zum Bericht des Bundesvorstandes

Der Gewerkschaftsbericht hat es uns durch Ablehnung einer verlängerten Arbeit für die Arbeiterklasse der kommunistischen Arbeiterklasse unmöglich gemacht, zu den vielen wichtigen unter dem Gewerkschaftsbericht behandelten Fragen Stellung zu nehmen. Aus diesem Grunde lesen wir uns gewonnen, unsere grundsätzliche Auffassung in folgendem zu präzisieren:

1. Wir halten die Art, wie der Bundesvorstand Seipart in seinem Bericht für jedes scharf klingende Wort gegen die Unternehmer, die die Arbeiterklasse einseitig, eines Kongresses der freien Gewerkschaften für unmöglich und verurteilen sie aufs schärfste.

2. Die Lage der Arbeiterklasse hat sich außerordentlich verschlechtert. Im ganzen Reich sind die Arbeiter gezwungen, zur Erhaltung ihrer nackten Existenz die schwersten Kämpfe zu führen. Der Bundesvorstand hat es aber vermieden, wirklich positive Vorschläge und Forderungen für die Zusammenfassung und erfolgreiche Durchführung der Kämpfe dem Kongress zu stellen. Wir fordern demgegenüber ein positives Kampfpogramm der Gewerkschaften, vor allem in der Lohn- und Arbeitsfrage.

3. Der Achtstundentag ist sowohl gesetzlich durch die auf Grund des Ermäßigungsgelehen erlassene Arbeitszeitverordnung, als auch praktisch durch die Einführung der neuen, zehn- und mehrstündigen Arbeitszeit beseitigt. Zur Wiederherstellung des Achtstundentages genügt es nicht, nur die Realisierung des Wahlfürhener Abstimmens zu verlangen.

Dafür müssen die Gewerkschaften einen eigenen Gelegenheitskampf einbringen und darüber hinaus außerhalb des Parlaments mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf für den ungeschützten Achtstundentag führen.

4. Zur Frage der Gewerkschaftseinheit wurde vom Bundesvorstand nur einseitig und nicht dem gebührenden Bericht eine vollkommene falsche und einseitige Darstellung gegeben. Die richtigen Gewerkschaften lehnen nur den bedingungslosen Anschlag auf den ADGB, ab, sind aber jederzeit bereit, auf Grund eines internationalen Gewerkschaftsorgans, nach Absprachen die Vereinigung und damit die Gewerkschaftseinheit durchzuführen. Die Gewerkschaftseinheit ist die unerlässliche Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse, und deshalb fordern wir vom Bundesvorstand und allen dem ADGB angehörenden Gewerkschaften, die sich an dem ADGB, auch international jede Einheitsfront vorzuziehen und fördern.

5. In der Zoll- und Steuerfrage hat der Bundesvorstand trotz ausdrücklicher Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses nicht den außerparlamentarischen Massenkampf organisiert und hat dadurch indirekt die Annahme der Zoll- und Steuererhöhungen ermöglicht. Wir fordern, daß namentlich alle Kraft der Gewerkschaften einigsetzt wird, um den Zoll- und Steuererhöhungen zu bekämpfen, die Lohnkämpfe und alle die Arbeiter belastenden Steuern zu beseitigen und die Löhne vom Proletariat abzuwälzen.

6. Der Bundesvorstand hat es weiter unterlassen, seine Stellung zu den Schlichtungsinstanzen zu präzisieren, obwohl durch die Schlichtsprüche und Verbindlichkeitsverordnungen das Streikrecht beseitigt und die Lage der Arbeiter dauernd verschlechtert wird. Wir fordern daher von den Gewerkschaften scharfen Kampf gegen die arbeitserheblichen Methoden der Schlichtungsinstanzen und Nichtanerkennung des arbeitserheblichen Verbindlichkeitsverordnungen.

7. Wir halten weiter für, daß der Bundesvorstand zu der drohenden Kriegsgefahr in einem Bericht überhaupt keine Stellung genommen hat. Wir fordern dagegen scharfen Kampf der Gewerkschaften gegen alle Imperialisten und Kriegseure, scharfen Kampf gegen die Reichsregierung, die den Krieg durch die Kapitalisten, die einseitig wirtschaftlich und erfolgreiche Welt, dagegen ist schnelle Herbeiführung der internationalen Gewerkschaftseinheit. Unversöhnlicher Massenkampf auf allen Gebieten, das muß die Lösung der Gewerkschaften sein.

Die Rede des Genossen Galm, sowie auch seine Erklärung wurden von dem ganzen Kongress mit großer Spannung verfolgt. Die auf dem Bild zu sehenen ausgedehnten Massen, sowie die im Saal sitzen stehenden Delegierten hören die Erklärung lebend an, am alles zu verstehen.

Der Vorsitzende Schumann verliest den starken Eindruck der Rede und der Erklärungen durch ein billiges Gekommel, wobei er von Uebergang zur Tagesordnung und ähnlichem redet, wobei schlagend, was aber den Eindruck nur noch erhöht.

Schleicher (Holzarbeiter) stimmt sein Anschließen an über die seine sozialdemokratischen Freunden ins Leben gerufene Tagespflicht, über die mangelnden Rechte der Arbeiter, insbesondere der Eisenbahner, aber — an allem sind die Kommunisten schuld.

Schmager (Textilarbeiter) (Chemie) weist die gegen die Kommunisten erhobenen Vorwürfe zurück. Er hat Seipart und alle seine Freunde alle Schuld am Verlust des Achtstundentages und der sonstigen Entwertung der Arbeiterklasse von sich abwählen wollen, so darf man nur die Namen Kalkoff, Schippel, Cohen und Genossen nennen, die als Sozialdemokraten in dieser Frage auf Seiten der Unternehmer standen. Genau so gibt es auch Sozialdemokraten, die als Schlichter mit den Unternehmern Hand in Hand gegen die Arbeiter kämpften. Diese und andere Führer sind es, die den Massen das Vertrauen zu den Gewerkschaften geräut haben.

Rumpen befehle, hingelie, behaltete das Auge mit der Hand und sah, wie zu einer Säule erstarrt, noch lange der dahinströmenden Autolonne nach. ... Auch einige kleine Kinder spielten in Dreppfüßen herum, gimmasierten und freuten die Jungen. ... Nun begann der Erzähler Kriegsgeschichten, Kriegsmordarten und Kriegshelidentaten zu erzählen. Diese Erzählungen waren durchweg alle mit Rücksicht auf etwaige Wallenarbeiterbesucher auf einen verständlichen und für die deutsche Arbeiterklasse anerkennenden Ton geklimmt.

„Man muß sich fragen, der Feind hat sich angepöbel gehalten. Hier zum Beispiel, wenn wir ihm Gerechtigkeit angedeihen lassen wollen, hat er sich gerade bravourös gelassen. ... Hier sehen Sie: der Tod für's Vaterland! ... Und lomet das Auge reichte: Kreuz an Kreuz, schwarze schlichte Kreuzpfeile mit einer weißlichen, nun schon verdorrten Infanterie, lauter deutsche Namen, nun schon verdorrten Infanterie.“

„Rund eine Infanterie-Division! ... Alle mit Gas. ... Aber schon wieder erstehen ein neues Kreuzfeld, dahinter noch eines, und nebenan wieder eines, und dann selber Feiler, nur noch mit einem einzigen großen Holzkreuz dabei, aber mit einem umgekehrten Spaten.“

„Wallengräber. In keinem unter tausend Mann. ... Hier soll noch ein Tausend des Jahres, vielleicht im Herbst, ein großes Kriegshelidentat errichtet werden, vielleicht in Brandenburg. Aber ähnlich dem Grabmal des „Unbekannten Soldaten“ im Pantheon. ... Mit einer ewigen Flamme. ... Es wird eine gewaltige Säge werden.“

Langsam rückte am Horizont der fünfzigstöckige Turmbau des Hotels „Zum Weltkrieg“ empor. ... Ein allgemeines „Auff!“ entrag sich der launenden Gesellschaft. ... Ein tollhohes „Auff!“ in der Tat! Noch dazu in solch einer Gegend! ... „Wird sich das zentieren. ...?“

„Nod, nod! Die Schlachtfeldbesuche sollen noch bedeutend ausgebaut werden.“ ... „Das ist sich noch allerlei dabei herauszolen!“

„Dieses Hotel kann sojalen das Zentrum einer neuen gewaltigen Stadt über den Schlachtfeldern werden.“

### Schluswort Seiparts

Seipart rebete des langen und breiten über seine Freude an der Kritik. Doch kann er die von den Kommunisten geübte Kritik nicht vertragen, nennt sie ungeschickte und beweislose Unzulänglichkeiten. Unvorstellbar scharf werden er sich gegen den von Dörmann gestellten Vorschlag des ADGB. Er behauptet, daß die ADGB-Delegierten sie zwingen, diese Frage in so scharfer Form hier zum Ausdruck zu bringen. Der Bundesvorstand wäre doch jederzeit bereit, die von ihm gestellten Beschlüsse durchzuführen und brauchte dazu nicht durch einen Extraantrag gezwungen zu werden.

Es folgten dann die Abstimmungen über die Anträge und Resolutionen zum Kongressbericht. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde der Bundesvorstand einstimmig erklärt. Der Bundesvorstand hat zu seinem Bericht 11 Resolutionen über Lohnfragen, Arbeitszeit, Betriebsräte, Technische Vorhilfe, Wohnungsfrage, Zusammenarbeit, Berufsschule, sowie Ausbildungsgelehen, Genossenschaften, Volkshilfe, Kampf der Arbeiter, Angefallenen und Beamten vorgelegt, die in der bekannten leichten Form den „Standpunkt des Bundesvorstandes zu den verschiedenen Fragen“ folgen. Alle Resolutionen werden einstimmig angenommen bei Stimmenthaltung der Kommunisten.

Dem Genossen Galm wird das Wort zur Begründung der Stellungnahme der Kommunisten bei der Abstimmung unter großem Lärm und Geheul der Delegierten verweigert.

Nachdem die große Mehrzahl der Anträge schon tags zuvor durch mangelnde Unterstützung „erledigt“ wurden, wird jetzt nur noch über einige wenige eingekommen werden soll. Für die Angelegenheit des ADGB wird durch die Annahme des Beschlusses über die Arbeitseingabe vom Bundesvorstand für erledigt erklärt. Gegen die Stimmen der Kommunisten wird der Beschl. über die Realisierung des Achtstundentages für erledigt erklärt. Die vom DMB-Berlin und Leipzig zur Verteilung gestellten Anträge werden dem Bundesvorstand überlassen, wenn angenommen wird, daß ein Antrag, der den Bundesvorstand beauftragt, auf die Konsumereinstellungen zu wirken, daß für aus den Arbeiterebene austreten.

## Maslows Anklagereide

1. Verhandlungstag

Der Vorsitzende Lorenz eröffnet die Verhandlung und gibt keine Disposition dahingehend bekannt, daß vor der Erörterung der Frage der Anklage in die beratende Besprechung des Angeklagten eingekommen werden soll. Für die Angelegenheit tritt sich Dr. K. K. an mit dieser Disposition einsetzenden.

### Rede des Genossen Maslow

Genosse Maslow hält hierauf eine groß angelegte Rede. „Was ich nun sage“, erklärte Genosse Maslow hierbei, „sage ich nicht als Privatperson, die mit der Partei nichts zu tun hat, sondern als Angeklagter, der sich nicht für irgendwelche Klagen, sondern für meine Grundsätze, die Grundlage der Kommunisten der kommunistischen Partei, der marxistischen Weltanschauung, die ich vertreten habe und vertreten werde. Mein ich dafür eingepreist werde, so ist das eine Sache, die man als Kommunist tragen muß. Was demgegenüber schließt von der Partei, ist Dred. Daß wir hier aber auf Kredit befristet werden sollen für Zeiten, die überhaupt nicht gehen sind, das beweist, daß die ganze Anklage auf Sand gebaut ist.“

### Rede des Genossen Maslow

Genosse Maslow analysiert hierauf die Situation bis zum August 1923. Sehr Mensch mußte sich sagen, daß es so nicht weitergehen konnte. Wir haben, das eine revolutionäre Situation war, das heißt, es mußte entweder die unterdrückte, ausgebeutete Mehrheit der Bevölkerung zur Macht kommen, oder die herrschende Klasse, die ins Vakuum kam, mußte die unterdrückte Klasse noch weiter hineinziehen, damit man auf dem Rücken dieser am Boden liegenden Klasse die alte Herrschaft neu stabilisieren konnte. Wir Kommunisten haben nun bestimmte Grundsätze und Ziele. Das Ziel der SPD ist nicht, wie die Anklage behauptet, der bewaffnete Zustand, die Gewaltentwendung, das Ziel der SPD ist die Klassenlose, voll entfaltete Gesellschaft, die Beseitigung des Privatigentums an den Produktionsmitteln.

„Ich erkläre, daß es immer die geschichtliche Pflicht der SPD ist, die Diktatur des Proletariats zu errichten, in einer absehbaren revolutionären Lage, 1923 war das der Zeitpunkt, wo ich sage, daß es offen, daß wider die SPD, damals unfähig war, der Herrschaft der Bourgeoisie zu klitzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten. Diese Pflicht konnte die SPD, 1923 nicht erfüllen, weil sie in zwei Mängeln gelipen war, weil wir Differenzen hatten über die Rolle des Staates und über die Rolle der Partei. Kritische Umkehrpunkte sind aus dieser Zeit nicht nachzuweisen. Nun ist es aber geradezu verzerrt, mir vorzumachen, daß in einer Zeit, die 1923 geschahen ist, in einer Situation, die keinen revolutionären Charakter hat, mir vorzumachen, ich habe darin die notwendige Umformbewegung fort.“

Hierauf wird mit Rücksicht auf die eingetretene Erschöpfung des Genossen Maslow inzwischen die

### Bereinigung der übrigen Angeklagten

fortgesetzt. Alle drei Angeklagten erklärten sich vollständig mit den Ausführungen des Genossen Maslow einverstanden. Die Partei ist, erklärt, daß er sich hoch als Kommunist bekennend. Differenzen mit der Partei seien nur taktischer Natur. (Vorlesung folgt.)

„Entwässerungsanlagen usw. wären doch allerdings nötig, aber wenn die Aufbaumensarbeiten munter und rüstig vorwärts schreiten, wer weiß, schon in ein paar Jahren vielleicht.“

Der Mann des Schweigenes, der bis dahin die Gesellschaftsbesitzer umfungen hielt, war gebohren. Die Autolonne hielt.

Der Eingang zum Hotel war mit Palmen geschmückt. Ganz lieblich! Herrte jemand. Die Reisegesellschaft hing aus.

Die Reisegesellschaft war besser Situiert. Es waren Reisende darunter aus allen Ländern.

„Da kann man's nachprüfen mit dem Guelin zu tun bekommen!“ lagte eben ein beutlicher Hochgeistesrunder zu seinen jungen Mann, die sich ihrem Gatten, einem Proletarier, wie sich jetzt bei der allgemeinen Begrüßung herausstellte, kurzschorn in die Arme hing.

„Nur nicht so lazedhaft, Luciel! ... Nach Tisch will ich Dir vielleicht den Schützengraben zeigen, wo auch ich belegen habe. Die Gegend ist mit wirklich genau bekannt.“ ... „Wird sich auch das Grab noch, wo mein Hauptmann liegt.“ ... „Stimmen scheint man ja hier im Hotel zu bekommen, vielleicht auch ein neues Kreuz.“ ... „War ein Proletarier, mein Hauptmann.“ ... Ein Guelin ja war das, gemiß. ... Aber man kann nicht wissen. ... Aber interessant das. ... So über den Schlachtfeldern.“

Er zog eine Generalsstabstabelle aus dem Zellulosebeutel, das er an einem Band praktisch um den Hals trug. Heron, Haberte dazu der Bediener und kurzschorn nach allen Richtungen hin die Landschaft mit dem Feldstecher.

„Über ein Unbendes möchte ich auch mitnehmen.“ ... hat keine Gattin. ... „Eine Reliquie, weiß du, die Gild bringt.“ ... Es hat hier sogar lo was. ... Und auch für die Kinder! ... Sei unbedorft, natürlich. ... Percy ist alt genug, er soll einen Stahlhelm erhalten. ... er wird ihn ja nicht, lo wie ich kann, zum Spielzeug entwenden.“

„Einfach plaudernd lächelte die Gesellschaft dem Hotel zu. Eine Hofschweizer war nicht unweit davon aufgeschlagen, die zwar Bedienten geschloffen war. Dort wurde für minberstehtre Besucher, die Sonntags oft aus Paris in Euren herausströmten, billige Schlachtfeldtücher selbstegeben. — (Vorlesung folgt.)



# Die Arbeiterfrage

## Die Russland-Delegation und die Aufgaben der Arbeiter in den Betrieben

Die unerhörtesten Lügen, die wohl je die Welt gehört hat, werden seit Jahr und Tag von den geklammerten bürgerlich-sozialdemokratischen Bremsen über das Land verbreitet. So vom einzigen Lande der Welt die Arbeiterfrage, die kapitalistische Presse und ihre Abteiler von der SPD, über den Staat der russischen Arbeiter und Bauern tagtäglich ausposaunt und ausposaunt, als es jedoch nicht verhindern können, daß trotzdem allmählich die Wahrheit über Sowjet-Rußland und die kapitalistische Presse, und nicht zuletzt die Arbeiter der letzten Monate des Jahres 1924 die englische Arbeiterklasse eine Gewerkschaftsdelegation nach Sowjet-Rußland sandte, um die wirtlichen Verhältnisse in Russland der Diktatur des Proletariats an Ort und Stelle zu untersuchen, so entstand auch in Deutschland eine Bewegung in den Betrieben, die eine Delegation der deutschen Arbeiter nach Sowjet-Rußland forderte, um so die wirtlichen Verhältnisse in Sowjet-Rußland kennen zu lernen. So kam also die heute deutsche Arbeiterdelegation ins Leben.

Vor wenigen Tagen ist nunmehr die erste deutsche Arbeiterdelegation aus Sowjet-Rußland zurückgekehrt. Und einmündig lautet der Bericht der deutschen Delegation zur zusammengefaßt:

### In Sowjet-Rußland herrscht die Arbeit!

Schon allein die Einmündigkeit dieser Auffassung der zum größten Teil aus sozialdemokratischen Parteimitgliedern und Arbeitern zusammengelegten Delegation, die mit größter Skepsis nach Sowjet-Rußland fuhr, belegt genug. Sie verhielt sich mit der Gewißheit, daß die Berichtserstattung der deutschen Arbeiterdelegation den Namen, der durch die bürgerlich-sozialdemokratischen Kreislagen künstlich zwischen den russischen und einem Teil der deutschen Arbeiter aufgebracht wurde, durchbrechen wird.

Es muß nun von seiten der Arbeiter bestätigt werden, daß in Sowjet-Rußland die Arbeit herrscht. Und die Erfahrungen und Ergebnisse in Sowjet-Rußland den Arbeitern mitzuteilen. Zweifelslos werden reformistische Betriebsräte und Gewerkschaftsverbände mit allen Mitteln eine Verhinderung zu verhindern versuchen, da dadurch die Arbeiterklasse insbesondere ihrer Presse als enttäuscht und verärgert würde. Die Reformisten werden mit aller Gewalt sich gegen die Arbeiterdelegation, welche mit nach Sowjet-Rußland fuhr und der Wahrheit die Ehre geben, an einer Berichterstattung nach Möglichkeit zu hindern versuchen.

Das dürfen die Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften nicht dulden. Die Arbeiter müssen als Pflicht ihr Verlangen nach Berichterstattung fundiert und dieses Verlangen durchsetzen, indem sie den Widerstand der Reformisten brechen. Es gilt jetzt, mit aller Kraft für einen guten Verlauf dieser Berichterstattungsverhandlungen zu agitieren.

Damit ist aber die Arbeit der Arbeiter in den Betrieben nicht erschöpft. Es muß vielmehr alles getan werden, um die Arbeiterklasse mit den russischen Arbeitern in die gleiche Linie zu bringen, die man sich geschlossen wurde, aufrecht zu erhalten und weiter auszubauen. Dazu ist notwendig, daß die Arbeiter der russischen Arbeiter durch den „Klassenkampf“ folgendes mitteilen:

1. Was und wie haben die Delegierten berichtet?
2. Wie wurde der Bericht von den Arbeitern aufgenommen und welchen Eindruck hat er auf sie gemacht?
3. Was sagen nun die sozialdemokratischen Arbeiter?

Briefe, die an die Redaktion des „Klassenkampf“ gesandt werden und sich mit diesen Fragen beschäftigen, werden nach Russland weitergeleitet werden. Die russischen Arbeiter freuen sich über solche Briefe und werden auf sie antworten und in diesen ihren Antworten die deutschen Arbeiter über alles Wissenswertes aufklären. So ist die Möglichkeit gegeben, daß die deutschen Arbeiter in steter enger Verbindung mit ihren russischen Brüdern bleiben.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist aber natürlich, die durch die Delegation nun vollzogene Annäherung der deutschen und russischen Arbeiter vorwärts zu treiben durch die Entfaltung einer lebhaften Agitation für die internationale Arbeiterbewegung. Der jetzt internationalen Arbeiterbewegung ist die Macht der internationalen fest organisierten proletarischen Klasse gegenübergestellt werden. Arbeitet also in den Gewerkschaften intensiv für die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit. Die Berichte der Delegation werden den Feinden dieser Einheit, den deutschen reformistischen Gewerkschaftsführern, den Boden für ihre Sabotage entziehen. Die Zeit ist günstig, die Vereinigung der deutschen und russischen Arbeiter zum Ziele zu führen.

Jeder Betrieb muß eine Grenzlinie Sowjet-Rußlands werden!

## Proletenleben ist billig

### Schwerer Unfall in der Ammendorfer Papierfabrik

In der Ammendorfer Papierfabrik verunglückte am Sonntagmorgen beim Reinigen eines Kanals der Arbeiter Otto Jahnmann in aus Döllnitz. Er erlitt Verletzungen an beiden Beinen. Thamschinn wurde von dem Werkmeister Müller zum Reinigen des Kanals beauftragt. Während er die Reinigung vornahm, wurde eine 80 Zentimeter schwere Walze ausgeworfen. Die Walze kam ins Rutschen, was schon des öfteren vorgekommen ist. Aber damals war keiner im Kanal. Der Werkmeister Müller mußte darüber auch Bescheid. Trotzdem ließ er die Reinigung vornehmen. Der Arbeiter Jahnmann ist nunmehr etwas erholt, unternimmt die Behandlung in dieser Proletenabteilung. Ein Mädchen war früher in der Kommunistischen Jugend organisiert. Die Taffache nahm Herr Leggeter, der Besitzer des genannten Stahlhelm-Cafés, zum Anlaß, zu drohen, das Lokal „vom Kommunistenkapital zu reinigen“. Ferner äußerte sich der genannte Herr, daß die Wädel „nicht zeit für Halle, sondern zeit für Rietzen seien“.

## Wie Proletenmädel behandelt werden

### „Promenaden-Café“, Halle

Im „Promenaden-Café“, Halle, sind vier junge Mädchen beschäftigt, deren Arbeitszeit nicht weniger als 16 Stunden täglich, allerdings mit dreifünfteliger Unterbrechung, beträgt. Die Arbeitszeit erstreckt sich von 1/2 Uhr morgens bis 1/2 Uhr nachts. Aber nicht nur die Arbeitszeit ist unvernünftig ausgedehnt, unvernünftig ist auch die Behandlung in dieser Proletenabteilung. Ein Mädchen war früher in der Kommunistischen Jugend organisiert. Die Taffache nahm Herr Leggeter, der Besitzer des genannten Stahlhelm-Cafés, zum Anlaß, zu drohen, das Lokal „vom Kommunistenkapital zu reinigen“. Ferner äußerte sich der genannte Herr, daß die Wädel „nicht zeit für Halle, sondern zeit für Rietzen seien“.

Ähnliche Äußerungen machten andere Mitglieder der Familie Leggeter.

Was den Ausgang anbetrifft, so war bei Eintritt in das Geschäft ausgemacht worden, daß die im „Promenaden-Café“ beschäftigten Wädeln jeden zweiten Sonntag Ausgang erhielten. Jedochmal aber, wenn der zweite Sonntag kam, war stets keine Zeit. Der Ausgang richtet sich nicht nach Euch Wädeln, sondern nach dem Geschäft! — meinte Herr Leggeter. Um übrigen seien — Das Ellen, das es im Café des Herrn Leggeter für die Wädeln gibt, ist nicht gerade schlecht; es muß aber während der Arbeit eingenommen werden. Pausen zum Essen gibt es nicht.

Schließlich wollen wir noch erwähnen, daß eine ebenfalls bei der Familie Leggeter beschäftigte Stütze, die von auswärts ist und daher bei H. wohnt, von diesem aus ihrer Stube vertrieben wurde, obwohl sie zu dieser Zeit schwer krank war. In diesem Zustande mußte sie sich Notgedrungen auf die Bahn setzen, um zu ihren Eltern zu fahren.

Die Proletenmädeln wissen also, was sie zu tun haben, falls sie in Stellung im „Promenaden-Café“ zu gehen im Begriff sind.

## Die Feuertüpelbahn der Wädelwerte

Kaum eine Woche bin ich in Groß-Ranna und schon hat es mich grauam gepackt. Das Bürgen in der Kasse und der dauernde Beschrei im Munde bringen mich noch um den Verstand. Das ist das „Grubenleben“, sagen meine Kampels. „Du müßt Dir nichts dabei denken. Aber ich kann mich nicht daran gewöhnen, für mich ist das Wort „Grube“ immer noch der Synonym von allem Schrecklichen, nämlich die Verbindung von Ruß, Dreck und miserabler Behandlung gewesen. Und hier auf der Gewerkschaft Wädelwerte ist es am aller schlimmsten. Hier ist das hinterversteck der Welt, hier ist Ruß und Kompanie zu Hause. Jeden Tag könnten die Spalten des „Klassenkampf“ gefüllt sein nur von der Grube Wädel. Heute nur kurz einiges über die „Feuertüpelbahn“ Franzleben-Groß-Ranna.

Zwischen dem Zentralbahnhof Franzleben und der Brillentüpelbahn Wädel verkehrt das beliebte Schälne. Drei Wagen, eine Lokomotive, ein Heizer und ein ungelegener Bremsenwagen gehören dazu. Ein Wädel ist verschlafen und mit Leder gepolstert. Außen zeigt die Aufschrift „Feuertüpelbahn“, das „gewöhnliche“ Proleten mit Schachteln und Pfeifentopf nicht darin verloren haben. Auch ein Schaffner ist zuweilen für das Schälne da, er ist noch nebenbei „Ober-Schuppenaufseher. Der Mann kontrolliert, daß jeder Prolet eine Lohnkarte hat. Er er auch Lohn hat, fragt er natürlich nicht. Wer keine Lohnkarte zeigt, wird unbarbarisch aus dem Zug geworfen. Bei Wind und Wetter muß dann der arme Kumpel durch hohen Regen und Schnee gehen. Herr Reinhold Kühnau hat in dieser Beziehung mancherlei dem Proleten erzählt. Er erzählte von einem seiner Leute, der bei einem Unfall in der Grube starb. Der Mann war ein Arbeiter mit schmerzlichen Verletzungen in Franzleben, wie es z. B. am 30. August war, dann wird kein Extrazug nach dort gelandt, dann wird das zu teuer.

Proleten, geht daraus endlich die rechten Lehren, rafft Euch auf, errichtet die rote Front in Groß-Ranna und pflanz das Sowjetbanner auf den Feuertüpelzug! 3 w an.

## Aus dem Leuna-Zutthaus

Die Wädel sind gefallen. Einen guten Namen hat er sich auch wieder gemacht, der Professor Gutschmann als Vorkämpfer des „Klassenkampfes“. Er hat sich den Namen durch sein Verhalten in der Grube erworben. Er hat sich gewandelt der Gehaltsliste für die Angestellten nicht mehr poste, wurde ein neuer Tarif aufgestellt, nach welchem die sozialen Zulagen wie Kinder- und Ehepartnerzulage in Wegfall kommen mußten; denn die Leunagehälter sagten sich: „Wir zählen zuviel.“ Allerdings betrifft dies nur die Gehälter der unteren Angestellten, nicht die der Wädelmeister und der obersteinstehenden Zantemittelgluher. In dem nun folgenden Bericht über die Verhältnisse in der Grube wird wieder einen sehr geläufigen Fund. Man braucht sich ja darüber nicht zu wundern, denn er war ja eingehend unterrichtet, für was er einzutreten hatte als Vorkämpfer.

Die Vertreter der Arbeiterorganisationen erklärten sich allerdings mit dem Programm, welches Gutschmann vorzuzug, nicht einverstanden und wendeten sich an das Reichsarbeitsministerium in Berlin. Auch von dort konnte nichts weiter erreicht werden. Kaum hatte man den Gehaltsposten vernommen, schon wurde am nächsten Tage die neue Gehaltsstaffelung in Formularen herausgegeben, also alles wohl vorbereitet. Am Schluß dieses Rundschreibens hieß es, durch diese Neuregelung solle kein Angestellter an Gehalt weniger bekommen. Das stimmt nun denn doch nicht, denn derzeitige, der für 3-4 oder mehr Kinder eine Extrazulage bekam, erhält diese doch nicht mehr. Damit aber noch nicht genug; denn schon wird auf der Personalabteilung wieder sehr gearbeitet, um nochmals Ersparnisse zu machen. Wie man so sagt, „das bide Ende kommt nach“. Es finden nunmehr wieder Besprechungen und Besetzungen statt, wobei natürlich auch Gehaltsbesprechungen eine Rolle spielen und das ist je der Haupttrieb der ganzen Sache. Diejenigen und jenem wird zur Besichtigung gemacht, Schenken und Schenkmoine zu lernen bis zu einer bestimmten Termin, andererseits kann er nicht mehr beschäftigt werden. Man behente, als älterer Mensch nochmals Kurze mitmachen, die nebenbei noch Geld lohn. Und bei all diesen Vorgängen bei der Personalabteilung sind die dabei tätigen „Besseren Schreiber“, wie Döhl, Marxhausen und Schönlitz habendfertig, welche sich darüber lustig machen, wenn andere eingeklagt werden. Diese eingeklagten Leute können auch keinem anderen Angestellten aus irgendeinem anderen Bureau, gleichwohl ob es im Verwaltungsgebäude, auf dem Fluß, oder auf der Straße ist, endlich ins Gesicht sehen. Der gegenwärtige drei der Döhl, der älteste von ihnen. Der glaubt schon, er wäre Kauler, der Bureauchef. Es ist ihnen wiederholt vorgekommen, daß Angestellte, die in die Verhältnisse der Grube Chef ausgehollten Reize wegen eines Gehaltsverlustes. Da hat sich Herr Döhl erlaubt, die Betreffenden auszuweisen mit den Worten: „Es gibt keinen Posten.“ Will man versuchen, Kaufe selber zu sprechen, so sucht er auch das zu verhindern, indem er sagt, es sei jemand bei ihm, oder er ist zur Sitzung. Da aber die Direktion selber von all diesem Treiben sehr wenig erzählt, ist es unbedingt notwendig, daß die Wädel in die Verhältnisse der Grube sehen. Weidriges Wort ist, daß sich der ehemalige Major Danneil, der auch sein Brot bei der Personalabteilung gefunden, sehr wichtig machen will. War er doch genau so ein armer Schläuder wie Kösler, der Feuerwehroberdrabinspiztor, der seinerzeit in zerlumplel, ledgrauer Uniform herum und heute die Kase in feiner Uniform gar so hoch trägt. Diese Sorte ist hier gut angeordnet. Respekt Angestellte des Bureau 24.

## Slaven des Geffellats

Nachdem die Revolution mit Hilfe der deutschen Sozialdemokratie blutig niedergeschlagen ist, glauben die Herren Kossens barone, zur Stützung ihrer Macht auch den Arbeiter auf eine „geistige, höhere Kulturstufe“ bringen zu müssen. Um dieses „Ziel“ zu erreichen, werden auf jeder Kohlengrube alle „vernünftigen“ Arbeiter in sogenannten Bergmannsvereinen (dies: moderne Slavenverbände) organisiert. Den Herren Grubengewaltigen geht das aber viel zu langsam und sie lassen, da sie genau wissen, daß der noch nicht schlafenwüthige Prolet, um den grünen Wädel zu verzögern, für Vermögensgüter (dies: ein „Bergmannsverein“ nach dem andern Los. Ja, Herr und Frau Direktor schlafen behelfen den Gel hinunter und ihmofen auch mal mit ihren Ausbeutungs-subjekten, den Grubenarbeitern, um scheinheilig der Öffentlichkeit zu beweisen, daß sie es sind, die das Band zwischen Unternehmern und Arbeiterklasse knüpfen.

Um die „Vorteile“ der Arbeiter zu fördern, sind nun überall „Bergmannsvereine“ gegründet worden. „Gutmütig“ begabte die Werkstatzen Instrumente und Uniformen, — um dann jede Woche 5 bis 10 Mark wieder vom Lohn abzuziehen. Auch Vermögenswohnungen und leichte Arbeitsstellen hat die Direktion jenen Gefühlsregungen mit Treuen zur Verfügung gestellt.

Der Arbeiter, der da glaubet, „Wen zu dem Wädel nach dem Wädel künigt, bekommt du leichte Arbeit, Wohnung und noch Feierabend kannst du durch Wädel noch Geld verdienen, so bist du gerettet“, kommt jetzt zu einer anderen Ueberzeugung. „Mit alle Mühen sind mit 100 bis 200 Mark verführt. Von ihrem Wochenlohn, der durchschnittlich 23 Mark beträgt, werden 5 bis 10 Mark abgezogen, und so können sie nun monatlich, ja jahrelang von der 3/4-Kapelle leben. Und mitten dazu noch spielen, was ihre „Vorgesetzten“ verlangen, z. B. „An Dank alle Gott“, „Deutschland über alles“ usw.

Eine besondere Tragödie spielt nun der „Herr Kapellmeister“ Dünnhaupt vom Wädelwert, Groß-Ranna. Zu Fingierten hat er einen Teil seiner Kapelle nach Hockbad verführt. Da Herr Dünnhaupt nicht genug Leute hatte, pumpte er sich 5 Mann von der 3/4-Kapelle zusammen. Als nun die Fingiertheit nicht die erwarteten Einnahmen hatte, so haben sie Herr D. erklärt, die Musik wäre schlecht gewesen, deshalb bezahle sie nicht mehr, trotzdem die Kapelle vier Tage gespielt hatte. Am 24. August kam nun Genosse M., Kapellmeister der Döbauer KBB-Kapelle, nach Groß-Ranna, um die Differenz von 170 Mark, die Herr Dünnhaupt den Döbauer Gesellen schuldet, auszuscheiden. Herr D. war aber zum Kinderjeit in K-Ranna und erklärte kurz: „Heute bin ich zum Kinderjeit und habe keine Zeit. Wenn Sie etwas von mir wünschen, so tonnten Sie mir wenigstens eine Karte schreiben und anmelden, daß Sie dann und dann kommen!“ Da er aber merkte, daß er sich eine große Blamage holte, so war er dann bereit, nur für einen „kurzen Augenblick eine Verprechung zu gewähren“.

Herr Dünnhaupt muß sehr weit gekommen sein, vor allen Dingen finanziell; denn er erklärte: „Ich bescheide nichts. Wenn Sie was wollen, bitte, verlangen Sie nicht.“ Ja, so kann nur ein Anzuchtman sprechen, das ganz genau weiß, mit können sie ja doch nichts nehmen. (Die Sache wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben!)

Diese Geschichte erhebt blutiger den Dampf, in dem sich die Arbeiter des Geffellats befinden. Für einen Erdrückergroßproleten vertragen sie sich selbst und verkaufen sich samt ihren Kindern dem Mord Kapital. Aber nur kurz währt ihr „Glück“; denn die meisten werden zu „erschlich“ dabei, daß sie ins Gefängnis wandern, wie es die Herren Siegmund, Boigt, Raud, Neubert und Steuer vom Wädelwert bewiesen haben. 3 w an.

Ihr Grubenarbeiter des Geffellats, erkennt Ihr nicht, warum es Euch so schlecht geht? Der glaubt Ihr, daß Euch der Unternehmern „etwas“ niemals! Schauen Sie Ihr gemorden. Seht Ihr Herberdenen nicht, wie Eure Weiber und Kinder herunterkommen, so lange Ihr weiter Scheißelcher der Beamten und Direktoren seid? Durch Schnaps und Schmalz verkommen Eure Kinder und Ihr mit. Schließt Euch zusammen. Bildet eine Front gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung; denn sie besteht nur noch aus Lug, Trug und Beschweh.

## Nette Zustände in den Ammendorfer Mühlen-Werken- und Schokoladenfabrik

Es ist kaum zu glauben, wie junge Mädchen in genannter Fabrik ausbeutet werden. Und zwar besteht eine Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden täglich. Sie beginnt morgens 6 Uhr und endet abends 8 Uhr. Herr Direktor Vogler verlangte sogar bis 10 Uhr. In dieser Zeit gibt es nur 1 1/2 Stunde Pause. Die meisten Mädchen müssen von 6 bis 10 Uhr arbeiten. Dann bekommen sie eine Stunde Ruhezeit, die in der Zeit von 6 bis 10 Uhr wagt, nur etwas für den größten Hunger zu essen, wird von dem Meister Kretsch angekauft. Ihr bekommt mittags eine Stunde Pause. Rest halt Ihr nur zu arbeiten. Die Mädchen können also vor Hunger umfallen; erst muß der Bedienter der Herren Arbeiterherren herauskommen. Nachmittags 1/2 Uhr gibt es nochmals 1/2 Stunde Pause, in welche der Weg vom Arbeitsraum zum Speiseraum und zurück mit eingerechnet wird, und wehe dem, der eine Minute später ankommt. Der hat bei Meister Kretsch nichts zu laden. Sitzegelegenheit ist bei der langen Arbeitszeit nicht vorhanden. Alles muß im Stehen gemacht werden. Wenn nun diese jungen Mädchen einmal anfangen, ein Kleid zu fingen, o welche Verlockungen von Seiten des Meisters Kretsch! Es geht dann Los: „Ihr habt wohl 'nen Bogen“ und dergleichen mehr. Mit dem Lohn steht es auch nicht am besten aus. Weilems müssen die Mädchen im Flord arbeiten. Haben sie nun durch Ueberanwendung etwas über den Stundenlohn herausgeholt, so bekommen sie doch nur den gewöhnlichen Lohn ausgehollt. Es könnte je sonst vorkommen, daß Herr Direktor Vogler etwas in seinem Einkommen gekürzt würde und er nicht mehr so viel Ruffische fahre und reisen könnte.

Auch hier muß immer wieder gesagt werden: Arbeiter und Arbeiterinnen, organisiert Euch. Schließt Euch dem Deutschen Frauenvereins- und Gewerkschaftsbund an. Nur er ist imstande, Eure Lage zu verbessern. Breitet Euch und veremigt nichts. Verweigert Doppelschichten und laßt diese Arbeit den Arbeitslosen autommen, welche noch genug vorhanden sind. Notwendig wäre, wenn auch dieser Betrieb von seiten der Gewerkschaftsinspektion einmal gründlich unter die Lupe genommen würde.

## Die Bauarbeiter

wurden durch den Verfall der Gewerkschaftsvereine gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Trotzdem werden sie am Lohnem den Preis fast seinen Lohn erhalten. Darum schließt sofort die Sammelkassen mit den Geldbeiträgen ein. Die Bauarbeiter müssen unterstützt werden!





